

Wer sind eigentlich die Kulaken gewesen? *

In der Bundesrepublik ist der Begriff „Kulak“ einer breiteren Öffentlichkeit vor allem durch den „Historikerstreit“ der vergangenen Jahre wieder ins Bewußtsein gerufen worden. Der Streit entzündete sich an der Behauptung des Berliner Historikers Ernst Nolte, daß die „Vernichtung“ der Juden „als Rasse“ während des Dritten Reiches mit der der Kulaken „als Klasse“ in der Sowjetunion unter Stalin qualitativ vergleichbar sei.¹

Im folgenden möchte ich diesen Streit über eine solche Vergleichbarkeit, an dem sich Berufene und Unberufene, merkwürdigerweise aber kaum Osteuropa-Historiker beteiligt haben, nicht wieder aufleben lassen. Ich möchte nur der Frage nachgehen, wer die Kulaken eigentlich gewesen sind, die im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung zu Beginn der dreißiger Jahre in der Sowjetunion „als Klasse liquidiert“ wurden, wie es im damaligen offiziellen Sprachgebrauch lautete.

In diesem Zusammenhang soll dreierlei untersucht werden:

1. Sind die Kulaken die wohlhabende oder gar reiche Schicht innerhalb der russischen Bauernschaft gewesen?
2. Lassen sie sich im Sinne einer modernen sozialen Stratifikation als eine selbständige gesellschaftliche Kategorie im russischen Dorf festmachen?
3. Und wenn ja, besaßen sie im marxistisch-leninistischen Sinne die Klassen-

merkmale einer „Dorfbourgeoisie“? Sind sie tatsächlich landwirtschaftliche Unternehmer gewesen, die auf kapitalistische Weise Ackerbau und Viehzucht betrieben und dafür fremde Lohnarbeiter dauernd beschäftigt haben?

Vor der Bauernbefreiung im Jahre 1861 hatte es in Rußland unter der russischen Bauernschaft drei Kategorien von Leibeigenen gegeben: Gutsbauern, Staatsbauern und Apanagebauern. Das bedeutet, daß mehr als die Hälfte aller russischen Bauern niemals zum Inventar der adligen Gutsbesitzungen gehört hat. Die russischen Gutsbesitzer verfügten dabei in der Regel nicht – wie der polnische oder der deutschbaltische Adel – über eigene marktproduzierende Wirtschaften, sondern nur über mehr oder weniger Bauerndörfer, in denen die Bauern ihre eigene Wirtschaft betrieben. Gab es ein abgetrenntes Gutsland, so bearbeiteten dies die Bauern üblicherweise nach Gutdünken mit ihrem eigenen Inventar. Wichtig ist aber auch vorzuschicken, daß die russischen Bauern – vor allem in den Zonen mit schlechten Böden und ungünstigem Klima – in der Hauptsache allen möglichen anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgingen. Dazu gehörten ausbeutende Gewerbe ebenso wie verarbeitende, aber auch Groß- und Einzelhandel, Transportgewerbe, um nur die wichtigsten zu erwähnen. Der russische Bauer konnte als Leibeigener sowohl Unternehmer als auch Arbeiter sein. Es gab sogar russische Leibeigene, die Millionäre waren. Die russischen Leibeigenen sind deshalb nicht mit

* Leicht geänderte Fassung der Antrittsvorlesung, gehalten am 16. Mai 1989 an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

den Sklaven in den amerikanischen Plantagenwirtschaften vergleichbar, selbst wenn dies von russischen Gesellschaftskritikern im 19. Jahrhundert nicht selten so gesehen wurde. Man sollte sich deshalb davor hüten, sich den russischen Bauern im allgemeinen so vorzustellen, wie er von „reuigen Adligen“ wie Turgenev beschrieben wird. Damit soll keine dörfliche Idylle gezeichnet werden. Das Leben des Mužiks war hart, oftmals unmenschlich, jedenfalls mit westlichen oder verwestlichen Augen gesehen, aber schrecklicher als gutsherrliche Willkür war oftmals die patriarchalische Gewalt, die in der Familie und im Dorfe herrschte.

Zum Zeitpunkt der Bauernbefreiung bestand die russische Landwirtschaft überwiegend aus Bauernwirtschaften, die in erster Linie Getreide anbauten und dabei kaum Überschüsse erzielten. Auch in Handel und Gewerbe herrschten auf dem platten Land, auf dem gut 80% der russischen Bevölkerung lebte, weitgehend vor-kapitalistische Formen vor.

Bei einem solch niedrigen Stand der Produktivkräfte im Lande warf die auf soziale Stabilisierung und ökonomische Modernisierung abzielende Bauernreform von Anfang an erhebliche Probleme auf. Der Bauer konnte nicht ohne Land befreit werden, weil es für ihn in der Regel keine wirtschaftliche Alternative gab. Er durfte aber auch nicht mit dem gesamten Land, das er bearbeitete, in Freiheit gesetzt werden, weil dadurch dem Großteil des Gutsadels, der zivilen und militärischen Stütze der Autokratie, die materielle Basis entzogen worden wäre.

Die Mehrzahl der aus der Leibeigenschaft befreiten Bauern erhielt deshalb im Durchschnitt 20% weniger Land zugeteilt, als sie zuvor genutzt hatte. Und obwohl die Staats- und Apanagebauern bedeutend mehr Land zugewiesen bekamen als die ehemaligen Gutsbauern, verfügten

nach der Reform nur ganze 13,9% aller Bauern über eine „normale Landversorgung“. 43,6% von ihnen waren nur eine „knappe“ und 42,5% sogar eine „völlig unzureichende Landversorgung“ zuteil geworden. Im Durchschnitt besaß die bäuerliche Bevölkerung im Jahr der Bauernbefreiung 4,8 Desjatinen an Land (1 Desjatine = 1,09 ha).²

Die Verringerung der bäuerlichen Anteile, zu der eine nicht konsequent durchgeführte Trennung zwischen Guts- und Bauernland kam, waren indes nicht das Einzige, das in den folgenden Jahrzehnten einer landwirtschaftlichen Dynamisierung im Wege stehen sollte.

Als noch weit folgenreicher sollte sich die Bindung der Bauern an ihre Dorfgemeinde (mir, obščina) erweisen. Als überliefertes Institut kollektiver Steuerhaftung gegenüber dem Staat hatte sie bewirkt, daß die Bauern das ihrer Gemeinde zur Verfügung stehende Land nach der Zahl der männlichen Familienmitglieder, der Steuerseelen, aufteilten. Sie war zuvor in erster Linie bei den Staats- und Apanagebauern zur Anwendung gekommen. Jetzt aber wurde sie für alle Bauern obligatorisch. Das bedeutete, daß die periodische Umteilung des Bodens nach der Zahl der Männer in einer Familie – vom Säugling bis zum Greis – in der Folgezeit verhinderte, daß der Boden „zum besseren Wirt“ wanderte. Hinzu kamen – dem bäuerlichen Gerechtigkeitsinn entsprechend – ökonomisch völlig unsinnige Parzellierungen, die ein vernünftiges Wirtschaften stark erschwerten. Ganz abgesehen davon, daß sich wegen des dörflichen Gemeineigentums an Grund und Boden ein „bäuerliches Eigentumsverständnis“ im westlichen Sinne nicht entwickeln konnte.³

Der relative Wohlstand einer bäuerlichen Familie hing deshalb vor allem von der Zahl ihrer männlichen Mitglieder ab, zu-

mal in Anbetracht der subsistenzwirtschaftlichen Grundlage der bäuerlichen Betriebe und der nur extensiven Bodenbearbeitung die Größe des Ackerlandes der alles entscheidende Faktor war. Eine große Familie verfügte aber auch über genügend Arbeitskräfte, um den Boden bestellen zu können. Jede Dezimierung durch Tod oder Abwanderung führte deshalb zwangsläufig zum wirtschaftlichen Abstieg.⁴ Die Frage nach der sozialen Differenzierung aufgrund unterschiedlicher Besitzverhältnisse relativiert sich durch diese Tatsache weitgehend. Jedenfalls dann, wenn man nur die Landwirtschaft vor Augen hat. Zwar bestand die Möglichkeit, vom Staat oder von den Gutsbesitzern, kollektiv oder individuell, Land zu kaufen oder zu pachten. Dazu waren die Gutsbesitzer, denen es nach der Bauernbefreiung oftmals nicht gelungen war, zu einer marktproduzierenden Landwirtschaft überzugehen, allzu bereit. Die steigenden Boden- und Pachtpreise nach der Reform machten eine Veräußerung des Gutsbesitzes zusätzlich lukrativ. Aber es fragt sich, ob und inwieweit ein Bauer, der für sich Land kaufen oder pachten konnte, nun schon so weit aus der Masse der übrigen herausragte, daß man ihn auch als einen Kulaken bezeichnen könnte.

In den einschlägigen sowjetischen Enzyklopädien wird gerade dies behauptet und hinzugefügt, daß eine solche Erweiterung des Bodenbesitzes zwangsläufig dazu führte, daß von einem solchen Kulaken auch Lohnarbeiter beschäftigt wurden. Daneben werden die Unterhaltung von Handels- und Gewerbeunternehmen, Wucher und Verleih von landwirtschaftlichem Inventar an die Dorffarmen als Kriterien kulakischen Wirtschaftens genannt.⁵

Weit eingeschränkter wird der Begriff „Kulak“ (eigentl. „Faust“) in den vorrevolutionären Nachschlagewerken ge-

braucht. Danach handelt es sich um einen Zwischenhändler im weitesten Sinne dieses Wortes (perekupščik, peretorgovščik, perebojščik), der – so das bäuerliche Vorurteil – vom Betrug lebt.⁶ Dieser – also nicht unbedingt wohlhabende – Kleinhändler nahm die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen und handwerklichen Kleinproduzenten auf und verkaufte sie weiter.⁷ Wichtig ist vor allem, daß der Kulak zwar als mit dem ländlichen Milieu eng verbunden, aber nicht als in der Landwirtschaft selbst tätig bezeichnet wird.

In den 70/80er Jahren des 19. Jahrhunderts sah einer der wenigen Kenner des bäuerlichen Milieus in Rußland, der liberale und sozialistische Ideen zuneigende Gutsbesitzer A. N. Engel'hardt in jedem Mužik einen potentiellen Kulaken; immer bedacht, andere auszubeuten, sei es Bauer, sei es Gutsbesitzer. Solange er aber ein Mužik bleibe, d. h. weiterhin ganz oder überwiegend von der eigenen Landwirtschaft lebe, sei er „noch kein richtiger Kulak“. Zwar beute er auch seine Dorfgenossen aus, „aber er gründet seinen Wohlstand nicht auf die Not der anderen, sondern auf seine eigene Arbeit“. Ein „richtiger Kulak“ – so Engel'hardt – „liebt weder das Land, noch die Wirtschaft, noch die Arbeit, sondern nur das Geld“. Sein Streben sei nicht darauf gerichtet, in die eigene Landwirtschaft zu investieren, seine Ackerfläche und seinen Pferde- und Viehbestand zu vergrößern, sondern ausschließlich „auf Kapital, mit dem er handelt, und das er gegen Prozente verleiht“.⁸

Auf ähnliche Weise zeichnet R. Gvozdev in seiner Schrift „Das wucherische Kulakentum und seine sozialökonomische Bedeutung“ – mit der bezeichnenderweise Lenin nicht viel anzufangen wußte⁹ – kurz vor der Jahrhundertwende den Typ des Kulaken, dessen „grobe, untersetzte Figur“ überall in Rußland anzutreffen sei,

im Norden wie im Süden, in der Stadt wie auf dem Land. Dieser „schmierige Kerl“ wandle sich ständig „wie ein Chamäleon“ und sei in allen Geschäften zu Hause; als Landverpächter ebenso wie als Unternehmer in Handel und Gewerbe, vor allem aber als Aufkäufer ländlicher Agrar- und Gewerbeerzeugnisse und nicht zuletzt als Wucherer auf dem Lande. Dieser „wucherische Kulak“ sei dabei das Ergebnis des Wandels des „handelnden Aufkäufer“ (torgovec-skupščik) der alten naturalwirtschaftlichen Ordnung zum „wuchernden Aufkäufer“ (skupščik-rostovščik) der jetzt in die landwirtschaftliche Sphäre eindringenden Geldwirtschaft.¹⁰

Hier wird deutlich eine Verbindung zwischen dem Kulaken und der in die Guts- und Bauernwirtschaften eindringenden Geldwirtschaft hergestellt. Man wird davon ausgehen können, daß davon zunächst vor allem die Gutsbesitzer betroffen waren. Besaßen doch die Bauern durch ihre Gemeinde einen relativen Schutz. Der Gutsbesitzer jedoch, der auch nach der Bauernbefreiung das für ihn nunmehr lebensnotwendige eigene Wirtschaften – trotz staatlicher Hilfe – oftmals nicht mehr lernen konnte oder wollte, war zumeist gezwungen, Land zu verkaufen oder zu verpachten. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß die stark abwertend gebrauchte Bezeichnung „Kulak“ zuerst in diesen Kreisen in Gebrauch kam.¹¹ Machte doch auch hier das Schlagwort von der „Verarmung“ (oskudenie) der russischen Landwirtschaft seit den 70/80er Jahren die Runde. Der Gutsbesitzer war auf diesen bäuerlichen Mittelsmann bei seinen Geschäften besonders angewiesen. Er mußte ihn – angesichts seiner oft desolaten ökonomischen Situation – ebenso für den Repräsentanten des Einbruchs kapitalistischen Krämergeistes in

seine Sphäre halten, wie es Gutsbesitzer anderwärts mit dem Juden machten.

Als Störenfried geriet der Kulak aber auch ins Blickfeld der russischen Populisten (Narodniki), die ihre sozialistischen Vorstellungen auf das Bauerntum mit dessen Umteilungsgemeinde gründeten. Auch für sie war der Kulak der unguete kapitalistische Geist, der „Mirfresser“ (miroed), der die natürliche Harmonie des Dorfes zerstörte. Ihn zu bekämpfen, hieß die Dorfgemeinde wieder zu beleben und dadurch einen spezifisch russischen Weg zum Sozialismus zu finden. Die russischen Marxisten wiederum wollten nichts von alledem wissen. Für sie war gerade die Umteilungsgemeinde das entscheidende Hindernis für das als fortschrittlich betrachtete Eindringen des Kapitalismus in Rußland. Die Existenz des Kulaken im Dorfe bewies ihnen, daß sie recht hatten.

In den 90er Jahren war es vor allem der spätere Lenin, der sich in seiner wegweisenden Schrift „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899) gegen die populistische Theorie von der Widernatürlichkeit des Kapitalismus für das russische Dorf wandte. Unter Heranziehung der Zemstvo-Statistiken, die er ziemlich willkürlich für seine Zwecke benutzte¹², kam er zu dem Schluß, daß schon damals in Rußland von allen Bauernhöfen 50% zu den wohlhabenden und 20% zu den armen gehörten. Nur noch 30% der Bauernhöfe zählten für ihn zum Sektor naturalwirtschaftlicher Produktion.¹³ Die Höfe über dem Durchschnitt hielt für ihn die „Dorfbourgeoisie“ in den Händen, die Höfe unter dem Durchschnitt das „Dorfproletariat“.¹⁴

Der wohlhabende Teil der Bauernschaft konzentrierte bereits mehr als die Hälfte des gesamten Pferdebestandes, gut die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugung Rußlands und den größten Teil des

gekauften und gepachteten Landes in seinen Händen. Damit stand für ihn fest, daß diese, vom Verkauf landwirtschaftlicher Produkte lebende Bauernschaft zumindest im Wandel zur „Dorfbourgeoisie“ begriffen sei. Da er zugleich ausmachte, daß diese bäuerliche Gruppe in der für Rußland typischen Weise „mit ihrem verhältnismäßig großen landwirtschaftlichen Betrieb gewerbliche Unternehmungen“ verbinde¹⁵, sah er in ihr außerdem die „Vertreterin des Handels- und Wucherkapitals“. Damit war für ihn „jenes volkstümmerische Vorurteil“ widerlegt, „demzufolge der ‘Kulak’ und ‘Wucherer’ nichts mit dem ‘tüchtigen Bauern’ gemein habe“.¹⁶

Das Neue bei Lenin bestand somit in zwei Kriterien, und das sollte für den späteren bolschewistischen Flügel der Sozialdemokratie Rußlands wegweisend werden: Erstens unterlag die Dorfgemeinde längst einem durch die kapitalistische Geld- und Warenwirtschaft bedingten Auflösungsprozeß, der „zwei neue Typen der Landbevölkerung“ hervorbrachte: „Dorfbourgeoisie“ und „Dorfproletariat“. Diese Entwicklung ging eindeutig und immer stärker zu Lasten der alten, für ihn „mittleren“ Bauernschaft, die noch ihrer naturalwirtschaftlichen Produktionsweise verhaftet war. Zweitens war das Kulakentum mit dieser „Dorfbourgeoisie“ identisch, denn es bewirtschaftete einen die „Arbeitskraft der Familie“ zumeist übersteigenden Bodenanteil, „so daß die Bildung eines Kontingents von ständigen und noch mehr von nichtständigen Landarbeitern“ für ihre wirtschaftliche Existenz notwendig sei. In Umkehrung aller bisherigen Auffassungen über das Kulakentum behauptete Lenin daher, daß dessen „Reineinkommen“ aus der landwirtschaftlichen Produktion stamme und daß dieses „entweder für Handels- und Wuchergeschäfte ... oder – unter günstigen Bedingungen –

zum Kauf von Land, zur Verbesserung der Wirtschaft usw.“ verwandt werde.¹⁷

Die von Lenin herangezogenen Statistiken geben indes kaum Hinweise für eine solche Unterteilung der Bauernschaft in drei soziale Kategorien. Vielmehr zeigen gerade diese Statistiken auf, daß die Besitzverhältnisse innerhalb der russischen Bauernschaft so unterschiedlich waren, daß nicht einmal zehn Unterteilungen ausreichten, um sie grob zu erfassen. Für die bäuerlichen Höfe konnte vor allem der Bodenbesitz wenig darüber Auskunft geben, über welche wirtschaftlichen Ressourcen aus Landwirtschaft, Handel und Gewerbe die einzelne Familie tatsächlich verfügte. Lenin verwechselte „ständig das Niveau des Wohlstandes mit dem ökonomischen Typ der Wirtschaft“. So gehörte für ihn der „Lohnarbeiter mit Anteil“ ganz selbstverständlich zur „Dorffarmut“, war also Proletarier, und der wohlhabende Bauer zum Kulakentum, d. h. zu den Kapitalisten, „als ob der Dorffarme nicht selbständig wirtschaften könnte und die wohlhabenden Höfe keine Naturalwirtschaft führten“.¹⁸

Gerade dem Umstand aber, daß die einzelne Bauernwirtschaft, ob wohlhabend oder arm, gar nicht den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Warenproduktion folgte, vernachlässigte Lenin, weil er ihm nicht ins Konzept paßte. Wie übrigens auch die meisten Marxisten außerhalb Rußlands wollte er nicht einsehen, daß es der Bauernschaft nicht um die „Erwirtschaftung von Gewinn“, sondern um die „Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Familie“ ging. Zumal hatte die russische Bauernwirtschaft dabei noch „überwiegend den Charakter der Naturalproduktion“, die kaum dazu ausreichte, Mensch und Vieh zu ernähren.

Trotz eines „äußerst niedrigen Bedürfnisniveaus“ (ca. 55 Rubel pro Kopf an jährlichen Ausgaben¹⁹) erzeugten nach der

Jahrhundertwende 45,4 Millionen Bauern (70,7%) weniger Getreide, als sie für ihre eigene Ernährung benötigten. Bei 13 Millionen (20,4%) reichte es gerade für den eigenen Unterhalt, nicht aber für den ihres Viehs. Nur ganze 5,7 Millionen (8,9%) verfügten über Getreideüberschüsse, die ihnen einen bescheidenen Wohlstand brachten. Dabei müssen noch starke regionale Unterschiede berücksichtigt werden. Wahrscheinlich konnten im Durchschnitt „nur zwischen 60 und 80% des bäuerlichen Budgets“ mit Einkünften aus der eigenen Landwirtschaft gedeckt werden.²⁰

Angesichts dieser Sachlage konnte der Kulak als kapitalistischer Großbauer nur eine Erfindung Lenins sein. Man sollte ihm aber zubilligen, daß er aus gutem Glauben gehandelt hat. Denn, wer wie er, vor allem auf der Grundlage von Engels „Anti-Dühring“, davon ausgehen konnte, daß der Marxismus die „allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungstendenzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“²¹ aufgedeckt hat, durfte zu einem solchen Schluß kommen. Er konnte sich dazu um so mehr im Recht fühlen, da bereits Marx in seinem „Kapital“ die Gewißheit vermittelt – die übrigens zum Gemeingut der gesamten sozialdemokratischen Intelligencija in Rußland gehörte –, daß das von ihm entdeckte „ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft“ vom Westen auf den Osten übertragbar sei. Denn: „Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft.“²² Obwohl sich Marx in bezug auf die russische Dorfgemeinde weitaus differenzierter verhalten hatte²³, hieß dies für Lenin – wie für alle anderen russischen Sozialdemokraten –, daß das Schicksal der Dorfgemeinde durch den Einzug des Kapitalismus in Rußland besiegelt war. Keiner – von Trockij einmal abgesehen – ver-

nachlässigte aber vor 1917 aus dieser Überzeugung heraus so stark die russische Wirklichkeit auf dem Lande wie Lenin.

Darum ist es im Grunde auch unerheblich festzustellen, daß Lenins Definitionen für eine bäuerliche Kapitalistenklasse in Rußland „in sich widersprüchlich und schwankend“²⁴ sind. Da er nur eine „Anleitung zum Handeln“ brauchte, genügte ihm die Marx'sche Theorie zur Interpretation der russischen Wirklichkeit. Das aber sollte sich am Ende für die russische Bauernschaft verheerend auswirken.

Die für ihn aber noch nicht vollendete Klassendifferenzierung der russischen Bauernschaft nutzte Lenin – nach den Erfahrungen der russischen Revolution von 1905, in der nicht zuletzt die Bauernaufstände die treibende Kraft gewesen waren – für seine spezielle Revolutionskonzeption über das „Bündnis des Proletariats mit der ärmeren Bauernschaft“.

War es ihm im „Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“ von 1901²⁵ nur darum gegangen, für die Bauern die Forderung nach Beseitigung der „feudalen Überreste“ zu erheben, um damit die letzten Hindernisse für die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland zu beseitigen, so forderte er nunmehr die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens.²⁶ Mit anderen Worten, er war nicht mehr gewillt, irgendwelche privaten Rechte am wichtigsten bäuerlichen Produktionsmittel, dem Boden, zuzulassen. Lenins Überbetonung des „Agrarkapitalismus und der klassenmäßigen Differenzierung der Bauernschaft“ sollte gerade im Hinblick auf das Agrarland Rußland das Ineinandergreifen von bürgerlicher und proletarischer Revolution rechtfertigen. Die nach der Oktoberrevolution im November 1917 im „Dekret über den Boden“ wiederholte „Nationalisierung“ galt Lenin deshalb als das „letzte Wort“ der bürgerlichen Revolution. Daran anschlie-

ßend hätte er zumindest gern schon die Überleitung des staatlichen und privaten Großgrundbesitzes in sozialistische Produktionseinheiten (Sovchozen) gesehen.²⁷

Eine solche „Nationalisierung“ als Übergangsform zur „Sozialisierung“ des in Rußland agrarisch genutzten Bodens hätte aber zur Voraussetzung haben müssen, daß sich innerhalb der russischen Bauernschaft im Laufe der Zeit bis 1917 tatsächlich ein solcher sozialer Differenzierungsprozeß unter kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten vollzogen hätte. Das war aber kaum der Fall.

Daran hatten auch die Stolypinschen Agrarreformen (1906–1911) nichts ändern können, die die Auflösung der Dorfgemeinde in Gang setzten, um durch die Übereignung der Bodenanteile an die Familienoberhäupter die Voraussetzung für die Entwicklung eines wirtschaftlich kräftigen Bauerntums zu schaffen. Bis 1917 war außerdem nur etwas mehr als die Hälfte aller Bauernhöfe diesen Weg gegangen, und nach der Februarrevolution wurden sie von den übrigen – oft gewaltsam – in die alte Umteilungsgemeinde wieder zurückgeholt.

Dieser, einer weiteren Differenzierung gerade zuwiderlaufende Nivellierungsprozeß bekam aber vor allem durch die von den Bauern selbst in die Hand genommene „Schwarze Umteilung“ des Staats- und Gutslandes sowie durch die Beteiligung ins Dorf zurückkehrender Arbeiter und die Berücksichtigung der bisher Landlosen noch einen weit stärkeren Trend nach unten. Hinzu kam, daß die im Zuge der Stolypinschen Reformen erfolgte Übertragung der Besitzrechte von der ganzen Familie auf deren Oberhaupt nicht mehr angewandt wurde, was zur Abtrennung vieler kleiner Bauernwirtschaften vom elterlichen Hof führte. Da die Umteilungsgemeinde weiterbestand, erhielt jede bäu-

erliche Wirtschaft nach wie vor nach der Kopfzahl ihrer Familienmitglieder – jetzt auch unter Berücksichtigung der weiblichen – den Boden zugeteilt.

Zur Fortschreibung der kleinbäuerlichen Wirtschaft kamen Inflation und vor allem staatliche Zwangsmaßnahmen bei der Getreidebeschaffung, die schon während des Krieges einsetzten, dann aber unter den Bolschewiki in regelrechte Beschaffungskämpfe gegen die Bauernschaft ausarteten, die als „Klassenkampf“ der „Dorfarmut“ gegen die „Kulaken“ legitimiert wurden. Dies führte nicht nur zu einem weitgehenden Rückgang der Geld- und Warenwirtschaft, sondern auch zu bewaffneten Aufständen der Bauern, die von den Bolschewiki als „Kulakenaufstände“ bezeichnet wurden. Als aber wegen der Versorgungsnot in den Städten noch Arbeiterstreiks hinzukamen und – nicht zuletzt der Aufstand der Kronstädter Matrosen –, hieß es für die Bolschewiki Abschied nehmen von ihren kriegskommunistischen Illusionen.

Die seit dem Frühjahr 1921 eingeleitete „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) hatte zur Folge, daß sich die Partei auf die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ zurückzog. Die NEP „ist in erster Linie als eine Kompromißlösung zu betrachten, die die Bolschewiki den Bauern anboten“.²⁸ Sie eröffnete ihnen die Möglichkeit, die für ihre Industrialisierungsvorstellungen vorrangigen Städte zu behalten und – unter bedingter Zulassung von Privateigentum an Produktionsmitteln und von Privathandel – gleichzeitig die Privatinitiative der Bauern anzureizen, um dadurch die Versorgung der Städte sicher zu stellen. Dabei war man sich des Risikos einer Revitalisierung kapitalistischer Verhältnisse in Rußland durchaus bewußt. Bestand doch für Lenin „in einem kleinbäuerlichen Land“ wie Rußland dafür „eine festere ökonomische Basis als für den Kommu-

nismus“. Erst wenn die technischen Voraussetzungen für eine Übertragung der Großproduktion auch auf das Land geschaffen waren, konnte für ihn der Kommunismus seinen Siegeszug in Sowjetrußland beginnen und „zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden.“²⁹

Die staatliche Nahrungs- und Rohstoffbeschaffung (razverstka) wurde den Bauern zuliebe abgeschafft und sogar das „Klassenbündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauern“ (smyčka) wiederhergestellt. Diese bewußt bauernfreundliche Politik lief unter der Devise „Mit dem Gesicht zum Dorf“ (licom k derevne), ohne daß dabei aber der „Klassenkampf“ im Dorfe in Vergessenheit geraten sollte.

Im Dorf aber ging alles seinen althergebrachten, von den alltäglichen Sorgen um die Ernte bestimmten Gang. Die bolschewistischen Parolen blieben dort ohne größere Resonanz. Vor allem deshalb, weil die von den Bolschewiki vorgegebene soziale Differenzierung im Dorfe und der daraus notwendigerweise resultierende „Klassenkampf“ nur eine Fiktion waren. Nicht der gemeinsame Kampf aller Dorfbewohner gegen die „Kulaken“ beeinflusste das soziale Geschehen im Dorf, sondern die Auseinandersetzungen innerhalb der Familie und zwischen den Familien: „Nicht Klassen-, sondern Klientelzugehörigkeit bestimmte die Gruppenbildung im Dorf, und nicht Besitz, sondern Verwandtschaft war dafür entscheidend“. Für eine soziale Gruppenbildung über das einzelne Dorf hinaus fehlten die Voraussetzungen völlig. Allein die lokalen Bedürfnisse interessierten die Dorfbewohner: „Hof – Verwandtschaft – Dorf hieß das bäuerliche Credo und die bolschewistische Klassenpolitik hatte es weder zu ändern noch zu erweitern vermocht.“³⁰

Gab es in der NEP-Periode überhaupt Anzeichen für die Entwicklung eines

Agrarkapitalismus mit der Folge einer zunehmenden sozialen Differenzierung der Bauernschaft infolge unterschiedlicher Besitzverhältnisse?

Eine solche Differenzierung hätte jedenfalls nach 1917 auf einem noch weit niedrigeren Niveau der Besitzverhältnisse als vor der Revolution einsetzen müssen. Sprachen doch die Bolschewiki selbst immer wieder von Sowjetrußland als einem kleinbäuerlichen Land. Da sie die bäuerliche Umteilungsgemeinde letztlich tolerierten und durch die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden zu ihrer weiteren Festigung beigetragen hatten, konnte das wichtigste Produktionsmittel der Bauern, der Boden, kaum zum „besseren Wirt“ wandern. Blieben nur unterschiedliche Besitzverhältnisse bei totem und lebenden Inventar. Bei dem ärmlichen Viehbestand und dem primitiven Ackergerät der meisten Bauern auch nicht gerade eine optimale Voraussetzung für eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Zu Hauptkriterien kulakischen Wirtschaftens wurden daher der Verleih von Inventar gegen Abarbeit, Naturalien oder Geld sowie die Pachtung von Land und – nicht zuletzt – die Beschäftigung von Lohnarbeitern. Besonders das letztere hatte nur eine geringe Bedeutung – „für praktisch keinen Bauern überwog die Beschäftigung von Lohnarbeitern über den Einsatz von Familienmitgliedern“³¹ – und kam zumeist nur dort saisonal vor, wo es an eigenen Händen im bäuerlichen Familienbetrieb mangelte. In Anbetracht dieser noch immer „eher schwachen sozialen Differenzierung“ hing die relative wirtschaftliche Stärke weiterhin von der „natürlichen Entwicklung der Familie (Aufstieg mit dem Heranwachsen der Kinder als Arbeitskräfte, Abstieg mit ihrem Ausscheiden und der Landabtrennung für sie)“ ab.³² In den Jahren vor der

Zwangskollektivierung waren die wohlhabend bäuerlichen Betriebe deshalb nichts anderes als „kleine Warenwirtschaften mit Verwendung vorwiegend familiärer Arbeitskräfte, ihr Pro-Kopf-Einkommen entsprach lediglich dem eines Stadtarbeiters“. ³³ Auch innerhalb der Bolschewiki bestand keine einhellige Meinung über die Besitzverhältnisse im Dorf. Während die einen von einer zunehmenden sozialen Differenzierung und infolge dessen von einer Verschärfung des Klassenkampfes ausgingen, verriet den anderen ein genauer Blick auf die statistischen Erhebungen, daß eine solche Annahme aufgrund des kleinbäuerlichen Zustandes der gesamten russischen Landwirtschaft nur sehr bedingt gegeben war. Die Auseinandersetzungen um die zukünftige bolschewistische Agrarpolitik waren jedoch eingebunden in die Sorgen um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes. Es ging vorrangig um die Frage, ob Sowjetrußland überhaupt seine ökonomische Rückständigkeit überwinden und sich zu einem modernen Industriestaat auf sozialistischer Grundlage entwickeln könne. Zwar hatte die als Kompromiß mit der Bauernschaft eingeleitete „Neue Ökonomische Politik“ in den folgenden Jahren eine erhebliche Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtlage gebracht. Das Niveau der Vorkriegszeit konnte in etwa wieder erreicht werden. Aber ein entscheidender Durchbruch war schon allein deshalb nicht möglich, weil zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion kein sich wechselseitig bedingendes Wachstum in Gang kommen wollte. Wie die „Scherenkrisen“ aufzeigen, lag dies in erster Linie an den staatlich manipulierten Preisen für Industriewaren. Die Bauern erhielten dadurch kein Wertäquivalent für ihre Erzeugnisse und zeigten deshalb auch kaum Interesse, ihre Produktion über den Eigenbedarf auszuwei-

ten. Was lag näher, als für diese Misere, die die Versorgung der Städte und den Agrarexport gefährdete, den noch weitgehend marktwirtschaftlich orientierten Bereich von Kleinbauern, Kleingewerbe und Kleinhandel auf dem flachen Land verantwortlich zu machen?

Aus dieser fragwürdigen Erkenntnis heraus begannen die Bolschewiki allmählich den Druck auf die Bauernschaft zu verstärken. Zwar hatte sich die Partei auf ihrem 15. Parteitag (1927) – Bucharin folgend – nochmals für eine beschleunigte Industrialisierung im Rahmen eines „dynamischen wirtschaftlichen Gleichgewichts“ entschieden. Aber Stalin und seine Gruppe, die den Parteiapparat immer fester in die Hand bekamen, setzte in den folgenden Jahren alles auf eine einseitige Förderung der Großindustrie sowie auf eine forcierte Zusammenfassung der Bauern in Kollektivwirtschaften. Seit dem Frühjahr 1929 galt dabei nur noch der in der Person Stalins gipfelnde Wille der Partei. Das hieß im Klartext, daß von jetzt an alle Mittel – auch der politische Terror, als Klassenkampf kaschiert – eingesetzt wurden, um den gewünschten ökonomischen und sozialen Umschichtungsprozeß in Gang zu setzen.

Zwar war auch schon auf dem 15. Parteitag eine beschleunigte Kollektivierung gefordert worden, aber bis in das Jahr 1929 blieb doch die Meinung vorherrschend, daß die bäuerlichen Individualwirtschaften noch für lange Zeit das eigentliche Rückgrat für die Getreideversorgung des Landes bilden würden. ³⁴ Selbst Stalin betrachtete den beschleunigten Aufbau von Kollektivwirtschaften zunächst nur als eine Ergänzung, wenngleich er schon gegen Ende 1928 erkennen ließ, daß er in den bäuerlichen Privatbetrieben den Hauptfeind für eine durchgreifende Modernisierung der sowjetischen Landwirtschaft sah. Der radikale Stimmungsumschwung setz-

te bei ihm indes erst Anfang November 1929 ein. Nunmehr hatte für ihn nicht mehr die „kleine und rückständige *individuelle* Wirtschaft“, sondern der „fortschrittliche *kollektive* landwirtschaftliche Großbetrieb“ eindeutig Priorität; koste es, was es wolle. Die Partei hatte die Bauern auf den Weg zur „genossenschaftlich, kollektiven Bodenbestellung“ zu treiben; denn nur auf diese Weise konnten sie „aus dem Elend und der Kulakenwirtschaft herauskommen“. ³⁵

Man sah sich innerhalb der Partei an einem Scheideweg angelangt, wie bereits die 16. Parteikonferenz im April 1929 in einer Resolution deutlich machte. Zwar wurde auch darin noch den mittleren und kleinen Bauernwirtschaften eine lange Übergangszeit eingeräumt, aber es sollte die – nach Ansicht der Bolschewiki – noch immer bestehende Alternative eines kapitalistischen Weges in der Landwirtschaft endgültig beseitigt werden. Nicht mehr der Kulak, sondern der sozialistische Staat sollte in Zukunft die Entwicklung der Landwirtschaft bestimmen. ³⁶

Wie relativ die kapitalistische Gefahr war, die von den Kulaken drohte, läßt sich dem Vortrag entnehmen, den Kalinin auf derselben Konferenz gehalten hat. Dieser aus bäuerlichem Milieu stammende Vertraute Stalins gibt darin unumwunden zu, daß durch die 1917 vorgenommenen Enteignungen der Gutsbesitzer und Kulaken und der danach geschaffenen Bodenordnung, im Grunde nur noch „illegal oder halblegal“ die Möglichkeit bestand, eine kapitalistische Landwirtschaft zu betreiben. Deshalb sah er die Gefahr für die bolschewistische Wirtschaftsordnung viel mehr von der kleinbäuerlichen Wirtschaft und ihrer nur geringen Produktivität kommen. Aber auch – und das nicht zuletzt – von dem kulakischen Geist, der in jedem Bauern stecke. Der aber sei nur durch eine noch weit schärfere Besteue-

rung der Bauern auszutreiben, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereicherten. ³⁷ Wenn man sich die Kriterien ansieht, die der Rat der Volkskommissare im Frühjahr 1929 zur Besteuerung der sogenannten Kulakenwirtschaft an das Volkskommissariat für Finanzen sandte, so fällt besonders auf, daß es sich dabei kaum um kapitalistische Farmerwirtschaften gehandelt haben kann. Ein Kulak war danach jeder, der 1. dauernd Lohnarbeiter in Landwirtschaft oder Handwerk beschäftigte, 2. über „industrielle Unternehmen“ wie z. B. Getreidemühlen oder Molkereien verfügte, 3. mechanische Landmaschinen verlieh, 4. Gebäude für Wohn- oder Gewerbezwecke vermietete und 5. unter den eigenen Familienmitgliedern Händler oder Wucherer hatte bzw. andere Subjekte, die über ein arbeitsfreies Einkommen verfügten. Dazu gehörte auch die niedere Geistlichkeit.

Eines dieser Kriterien genügte vollauf, um eine bäuerliche Familie der Kategorie der Kulaken zuzuordnen. Dabei wurden in der Verordnung keinerlei Angaben über den Umfang solchen „kapitalistischen“ Wirtschaftens gemacht. Allein die Ausübung solcher Tätigkeiten reichte aus, um einen Bauern zum „Klassenfeind“ zu stempeln. Da genügte schon die Beschäftigung einer fremden Arbeitskraft – aus welchen Gründen auch immer –, der Verkauf von Sonnenblumenkernen oder Milch an Bahnstationen oder die Vermietung eines Raumes in einer Bauernkate, um in den Augen der Parteiaktivisten zum Kulaken zu werden. ³⁸

Die Kulaken waren endgültig zur gesellschaftlichen Unperson geworden, deshalb wurden sie auch schon 1928 von den Wahlen zu den Sowjets ausgeschlossen. Aber noch wandte man gegen sie keine Zwangsmaßnahmen über das Andrehen der Steuerschraube hinaus an. Selbst engste Parteigänger Stalins – wie Kalinin – sprachen

sich gegen Massenrepressalien aus und wollten sie in die Kollektivwirtschaft integrieren.

Doch Ende 1929 setzte der radikale Umschwung ein. Eine Sonderkommission der Partei kam nun zu der Einsicht, daß die Kulaken „als Klasse liquidiert“ werden müßten. Dabei wurden sie in drei Kategorien eingeteilt:

1. Kulaken, die aktiv gegen Kollektivwirtschaften opponierten, somit konterrevolutionärer Gesinnung waren.
2. Kulaken, die zwar gegen die Kollektivierung waren, aber keine konterrevolutionäre Haltung einnahmen.
3. Kulaken, die sich der Kollektivierung unterwarfen und der Sowjetherrschaft loyal dienten.

Die Ausführungsbestimmungen für den offiziellen Beschluß des ZK der VKP (b) vom 5. Januar 1930 über den „Übergang zur endgültigen Liquidierung der Kulaken“ wurden auf Intervention Stalins noch weiter verschärft. So ließ man auch die als loyal betrachtete 3. Kategorie nicht mehr zur Kolchose zu. Im einzelnen beinhaltete diese Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) vom 4. Februar 1930:

1. Die sofortige Isolierung der konterrevolutionären 1. Kategorie, entweder in Gefängnissen oder in Arbeitslagern. Mehr als 50 000 Haushalte waren davon betroffen.
2. Die Verbannung der nicht direkt konterrevolutionären, aber politisch unzuverlässigen 2. Kategorie in entlegene Landesteile oder in abgelegene Teile ihrer Provinzen. Davon waren etwa 112 000 Haushalte betroffen.
3. Die Ansiedlung der als loyal geltenden 3. Kategorie abseits der Kollektivwirtschaften, aber noch innerhalb ihrer engeren Heimat. Davon waren die meisten Haushalte betroffen.

Das Vermögen aller drei Kategorien wurde konfisziert. Die 1. Kategorie stand unter direkter Überwachung durch die politische Polizei (GPU), zumeist in Sibirien; den beiden anderen Kategorien wurde „nur“ eine besondere administrative Behandlung zuteil. Groß und kaum quantifizierbar war die Zahl der als „Subkulaken“ verfolgten sogenannten „Mittelbauern“.³⁹

Insgesamt sind von der „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ zwischen Ende 1929 bis Mitte 1933 „etwa 600 bis 800 000 bäuerliche Haushalte“ mit einer Gesamtzahl von „3,5 bis 5 Millionen Menschen“ betroffen worden.⁴⁰ Wie hoch die Zahl der Opfer im Zusammenhang mit den Deportationen und unter dem Gulag-System sowie infolge der durch die Zwangskollektivierung in den Jahren 1932–1934 um sich greifenden Hungersnot wirklich gewesen ist, möchte ich nicht anhand zweifelhafter Statistiken höher oder niedriger bewerten. Die sowjetischen Historiker werden sie eines Tages mit Sicherheit nach Millionen schätzen. Verwiesen werden soll nur noch darauf, daß die „Dekulakisierung“ auch die nichtrussischen Nationalitäten schwer getroffen hat; unmittelbar danach besonders die Kasachen und die Deutschen sowie vor und nach dem Zweiten Weltkrieg die baltischen Völker.

Getroffen wurde das Bauerntum, insbesondere das russische, nicht eine Klasse ländlicher Kapitalisten, die es als soziale Kategorie gar nicht gegeben hat. Die zutage tretende Willkür bei der Einstufung der Bauern als Kulaken beweist noch mehr als alles andere, daß die in Agitation und Propaganda als „Klassenkampf“ gefeierten Exzesse gegen ein von den Bolschewiki aus politischem Kalkül erfundenes gesellschaftliches Phantom gerichtet waren. „Der Klassenkampf auf dem Dorf wurde administrativ simuliert“.⁴¹

Der Bauer hat allen Bolschewiki im Wege gestanden. Für alle war er ein lästiges Überbleibsel der alten russischen Rückständigkeit, das mit seiner Unwissenheit und seinem Egoismus sich dem neuen Zeitalter des Sozialismus entgegenstemmte und, was noch verwerflicher war, mit seinen primitiven Mitteln weit besser wirtschaftete als der von großindustriellen Wahnvorstellungen für die Städte wie für das flache Land heimgesuchte bolschewistische Wirtschaftsapparat. Das bäuerliche Individuum, das partout nicht bereit war, seine eigene Erbärmlichkeit mit Freuden gegen ein kollektivistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsleben einzutauschen, war allen Bolschewiki gleichermaßen verhaßt: den „rechten“ (Bucharin) wie – erst recht – den „linken“ (Troczkij).⁴² Allerdings sollte es Stalin vorbehalten bleiben, den Mužik, nicht den Kulaken, gewaltsam aus seinem alten Milieu herauszureißen und ihn zum Kolchosnik verkommen zu lassen.

Anmerkungen

- ¹ Hierzu insbes. „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- ² *H. H. v. Loesch*, Die Mir-Verfassung, Berlin 1931 (Diss.), S. 27.
- ³ *A. Moritsch*, Landwirtschaft und Agrarpolitik in Rußland vor der Revolution, Wien u. a. 1986, S. 36.
- ⁴ *F. Ščerpina*, Bjudžety krest'janskije; in: *Političeskaja ěnciklopedija*, t. 1, S-Peterburg 1907, S. 352.
- ⁵ *Sovetskaja Istoričeskaja ěnciklopedija*, t. 8, Moskva 1965, S. 262–265.
- ⁶ „Die Kulaken kauften alles“; s. *Slovar' Akademii Rossijskoj*, č. 3, S.-Peterburg 1814, S. 476; s. auch *Tolkovij slovar' živago velikoruskago jazyka* V. Dalja, t. 2, S-Peterburg-Moskva 1881, S. 215.
- ⁷ *Ěnciklopedičeskij slovar' russkogo bibliografičeskogo instituta Granat*, t. 20, Moskva o. J., S. 165.
- ⁸ *A. N. Engel'hardt*, *Iz derevni. 12 pisem 1872–1887*, Moskva 1987, S. 520–524.
- ⁹ *W. I. Lenin*, Werke (LW), Bd. 4, Berlin (O) 1960, S. 57–59.

- ¹⁰ *R. Gvozdev* (d. i. *R. Ě. Zimmerman*), *Kulačestvo-rostovščii čestvo i ego obščestvenno-ěkonomičeskoe značenie*, S-Peterburg 1898, S. 5–34.
- ¹¹ *H.-D. Löwe*, Die Lage der Bauern in Rußland 1880–1905. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in der ländlichen Gesellschaft des Zarenreiches, St. Katharinen 1987, S. 340.
- ¹² *N. Oganovskij*, *Zakonomernost' agrarnoj ěvoljučii*, č. 1, Saratov 1909, S. 107f.
- ¹³ LW, Bd. 3, Berlin (O) 1956, S. 119, 130f.
- ¹⁴ LW, Bd. 3, S. 134.
- ¹⁵ LW, Bd. 3, S. 134–137.
- ¹⁶ LW, Bd. 3, S. 68.
- ¹⁷ LW, Bd. 3, S. 172.
- ¹⁸ *Oganovskij*, *Zakonomernost'*, S. 32.
- ¹⁹ *Ščerpina*, *Bjudžety krest'janskije*, S. 352f.
- ²⁰ *B. Bruckus*, *Krest'janskoe obščestvo*; in: *Političeskaja ěnciklopedija*, t. 2, S-Peterburg 1907, S. 934–937.
- ²¹ *F. Engels*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; in: *Marx Engels Werke* (MEW), Bd. 20, Berlin 1962, S. 131f.
- ²² *K. Marx*, *Das Kapital*, Bd. 1; in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 12–16.
- ²³ Zu den Kontakten von Marx und Engels mit russischen Revolutionären und zu ihren Ansichten über das zeitgenössische Rußland s. *Perepiska K. Marksa i F. Engel'sa s russkimi političeskimi dejateljami*, (Leningrad) 1951 und *H. Krause*, *Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland*, Gießen 1958.
- ²⁴ *H.-D. Löwe*, Lenins Thesen über Kapitalismus und soziale Differenzierung in der vorrevolutionären Bauernschaft; in: *Jahrbücher f. Geschichte Osteuropas* 32 (1984), S. 109.
- ²⁵ LW, Bd. 6, Berlin (O) 1956, S. 95–140.
- ²⁶ LW, Bd. 13, Berlin (O) 1963, S. 213–437.
- ²⁷ *Löwe*, *Lenins Thesen*, S. 112f.
- ²⁸ *M. Lewin*, Die Auseinandersetzungen in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928–1940; in: *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften*, hrsg. von D. Henricke, Frankfurt/M. 1973, S. 353.
- ²⁹ LW, Bd. 31, Berlin (O) 1966, S. 513–515.
- ³⁰ *H. Altrichter*, Die Bauern von Tver'. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, München 1984, S. 95–100.
- ³¹ *St. Merl*, Differenzierungsprozesse des sowjetischen Dorfes im Vorfeld der Kollektivierung; in: *Sozialistische Agrarpolitik*, hrsg. von Th. Bergmann u. a., Köln 1984, S. 127.
- ³² *Merl*, *Differenzierungsprozesse*, S. 132f.
- ³³ *St. Merl*, *Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik*, München-Wien 1981, S. 467.
- ³⁴ *R. A. Medwedew*, *Die Wahrheit ist unsere Stärke*, Frankfurt/M. 1973, S. 98f.

- ³⁵ Eine Zusammenfassung der Ansichten Stalins über die zukünftige Agrarpolitik; in: Die Sowjetunion von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tode, Bd. 2, hrsg. von *H. Altrichter u. H. Haumann*, München 1987, S. 227–231.
- ³⁶ Die Sowjetunion, S. 241–243.
- ³⁷ Šestaja konferencija VKP (b). Aprel' 1929 g. Ste-nografičeskij očet. Moskva 1962, S. 271–303.
- ³⁸ *M. Lewin*, Who was the Soviet Kulak?; in: *Soviet Studies*, Vol. 18 (1963), S. 196 f.
- ³⁹ *A. Uschakow*, Demokratische Wahlen in Rußland/UdSSR seit 1917; in: Die Haltung der Sowjetunion gegenüber freien demokratischen und

geheimen Wahlen in Deutschland nach 1945 – vergleichend dargestellt, hrsg. von *G. Ziegler*, Köln u. a. 1988, S. 27 f. u. *Medwedew*, Die Wahrheit, S. 115–118.

- ⁴⁰ *St. Merl*, „Ausrottung“ der Bourgeoisie und der Kulaken in Sowjetrußland?; in: *Geschichte und Gesellschaft* 13 (1987), S. 376–378.
- ⁴¹ *G. Simon*, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 110.
- ⁴² *K. Mjalo*, Oborvannaja nit'. Krest'janskaja kul'tura i kul'turnaja revoljucija; in: *Novyj mir* 1988/8, S. 245–257.

Licher Bier.[®] Aus dem Herzen der Natur.

*Licher Privatbrauerei
Thring-Melchior K.G.
6312 Lich, Hessen*

